

Voraussicht nach nicht geben wird, beruhte auf dem Ziel, den juristischen Bestand einiger Gemeinden als Gebietskörperschaft auf jeden Fall zu erhalten. Am tatsächlichen Bestand will ja auch die Verwaltungsreform nichts ändern. In diesen Gemeinden hat es die Aktion Bürgerwille verstanden, das Lokalbewußtsein des Bürgers für ihre Zwecke besonders zu mobilisieren. Der Bürger wurde in der plakatierten Meinung, er könne die Selbständigkeit seiner Gemeinde mitentscheiden, für die Eintragungen gewonnen. Das Scheitern der Aktion Bürgerwille hat gezeigt, daß die Mehrheit der Bürger zumindest stillschweigend mit den Reformarbeiten der Landesregierung und des Landtags einverstanden ist und sie ihre Belange in der repräsentativen Demokratie ausreichend gewahrt sieht. Die SPD-Fraktion wird die Verwaltungsreform, die allen Bürgern des Landes gleichermaßen zugute kommen soll, fortsetzen und nicht eine Sonderregelung für einen Teil des Ruhrgebiets, wie es die Aktion Bürgerwille mit dem von ihr geforderten Kommunalverband anstrebte, zulassen.

F.D.P.: Schweigende Mehrheit

Für die F.D.P.-Fraktion erklärt der Fraktionsvorsitzende, Hans Koch:

Man wird nie genau ermitteln können, welche Aussage tatsächlich hinter den 719.910 Unterschriften steht, ob für die Gesetzentwürfe der „Aktion Bürgerwille“ oder die Selbständigkeit einer Gemeinde votiert wurde.

Wir ziehen aus dem Scheitern des Volksbegehrens folgende Schlüsse:

1. Die Neuordnung wird von weit weniger Bürgern abgelehnt als allgemein vermutet.
2. Die für den Laien nur schwer durchschaubaren Gesetzentwürfe der „Aktion Bürgerwille“ eigneten sich trotz großer publizistischer und finanzieller Unterstützung und trotz Verwaltungshilfe vieler Kommunen denkbar schlecht für ein Volksbegehren, zumal über die tatsächlichen Ziele schlecht informiert und — absichtlich? — Verwirrung hervorgerufen wurde.
3. Das vom Verfassungsgeber wohlabgewogene Quorum von 20 Prozent wurde nicht erreicht. 93,98 Prozent der eintragungsberechtigten Bürger bilden die schweigende Mehrheit, die entweder ihr „Nein“ zur „Aktion Bürgerwille“ oder ihre Gleichgültigkeit oder ihr Desinteresse an einem Volksentscheid nach den Spielregeln der Verfassung nicht anders als durch Nichtbeteiligung zum Ausdruck bringen konnte. Dieser Mehrheit pauschal und ausschließlich Desinteresse in der Sache vorzuwerfen, wäre unhaltbar und unfair.
4. Die Parteien haben keinen Zweifel an ihrer Absicht zur territorialen und funktionalen Verwaltungsreform gelassen. Sie haben mit diesem Programm das Vertrauen ihrer Wähler gefunden. „Am Volk vorbei“ würde der Landtag nur dann entscheiden, wenn er die Gebietsreform unvollendet lassen würde.
5. Die F.D.P.-Fraktion bekennt sich zu den Prinzipien unserer repräsentativen Demokratie und zum verfassungsgemäßen Korrektiv des Volksbegehrens. Gescheitert ist die „Aktion Bürgerwille“, nicht jedoch das Institut des Volksbegehrens. Das hat sich bei dieser Gelegenheit vielmehr bewährt.

Porträt der Woche

Am Anfang der Entwicklung des Politikers Helmut Hellwig standen Schock und Desorientierung nach der Niederschlagung des Hitler-Faschismus. Schockiert war der Zwölfjährige durch die nach dem 8. Mai 1945 in vollem Umfang bekannt werdenden Verbrechen des braunen Unrechts-Regimes. Desorientiert war der „durch Erziehung, Umwelt und Schule zum freiwilligen HJ-Pimpf“ gewordene Hellwig durch den plötzlichen und radikalen Verlust des ihm bislang vermittelten Weltbildes.

Langsam wieder Boden unter den Füßen bekam der gewesene Pimpf ein Jahr nach Kriegsende: in einer Gemeinschaft von Jugendlichen, die sich nicht wie die HJ auf die Prinzipien Befehl und Gehorsam gründete, sondern auf die Solidarität aller. Helmut Hellwig wurde 1946 Mitglied der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken“. Und durch sie wurde er auch was. Durch die Schulungen und Weiterbildungsmöglichkeiten des Verbandes konnte er seinen Horizont laufend erweitern; in der Verbandspraxis erhielt er rasch Verantwortung: Mit 16 Jahren war er Leiter einer „Falken“-Gruppe, mit 18 Stadtverbandsleiter. Der Eintritt in die SPD schloß sich ein Jahr später „organisch an“.

Bei den „Falken“ entwickelte Hellwig sein Talent zum Organisieren, Koordinieren, Verhandeln, so daß er bald in Positionen gewählt wurde, in denen er diese Talente anwenden und entfalten konnte: im geschäftsführenden „Falken“-Bundesvorstand, im geschäftsführenden Ausschuß des NRW-Landesjugendringes, als Geschäftsführer des „Falken“-Landesverbandes NRW, der er, hauptamtlich, noch ist.

Sozusagen nebenbei wuchs er aus seinem Beruf als Postbediensteter heraus und qualifizierte sich für den kommunalen Dienst.

Daß die verantwortliche Arbeit in den politischen Jugendverbänden schließlich über die SPD auch zur Übernahme konkreter politischer Verantwortung in Form eines Ratsmandats in seiner Heimatstadt Wanne-Eickel führte, erscheint als natürliche Konsequenz aus Tüchtigkeit und Talenten Hellwigs. Den Ratssitz, den er 1965 einnahm, und den Fraktionsvorsitz, mit dem er 1969 betraut wurde, behielt Hellwig auch nach seiner Wahl in den Düsseldorf Landtag am 26. Juli 1970 bei: er braucht die Basisverankerung nach eigenem Bekunden, um



Helmut Hellwig (SPD)

die Landtagsarbeit so konkret wie möglich auf die Probleme vor Ort ausrichten zu können.

„Mir sind Dinge lieber, die ich konkret in die Praxis umsetzen kann“, so Hellwig über Hellwig, „die Theorie liegt mir aufgrund meines Bildungsweges nicht so.“ Was aber nicht heißt, daß Hellwig kein Bewußtsein von seiner Tätigkeit habe. Dazu sitzt der Schock von 1945 zu tief. Und die Erfahrung, wie vor 1945 mit Minderheiten umgegangen worden ist, dürfte mit für seine Empfindlichkeit gegenüber Maßregeln wie den Extremisten-Erlaß sein: Hellwig war Hauptredner einer Protestkundgebung des Landesjugendringes im Landtag gegen diesen Erlaß.

Den Hauptschwerpunkt seiner politischen Arbeit sieht dieser quirlige, stets vergnügt erscheinende Politiker in der Veränderung der sozialen Umwelt derer, die unter ihr leiden, sich aber in unserer Gesellschaft am wenigsten selbst artikulieren können: Kinder, Jugendliche, Alte und auch Ausländer.

Jüngster Ausfluß der Aktivität Hellwigs, der den Arbeitskreis „Jugend“ der SPD-Landtagsfraktion leitet, ist ein neuartiges Studentenwohnheim in Essen, dessen Bau im Oktober anläuft. Durch die Kombination mit einem Haus der offenen Tür und einem Jugendheim soll ein Mehr an Integration zwischen Studenten und Bevölkerung erreicht werden.

Daß Helmut Hellwig, verheiratet, drei Kinder, keiner der kühlen technischen Macher und Organisatoren ist, wird außer an seinem Temperament und seinem Engagement auch an seinen beiden politischen Vorbildern deutlich: an Herbert Wehner, diesem politischen Urgestein, und an Erich Ollenhauer, „der mit Herz Politik machte“.

Hartwig Suhrbier